

## **Panorama:**

### **Für Stabilität und gegen unkontrollierbare Konfrontation – eine politische Initiative zu Dialog und Zusammenarbeit mit Russland auf der Grundlage einer glaubwürdigen europäischen und transatlantischen Sicherheitspolitik**

Rüdiger Lüdeking | Helmut W. Ganser\*

#### **1 Einleitung**

Die Wahl von Joe Biden zum neuen Präsidenten der USA wurde in Deutschland und Europa mit Erleichterung aufgenommen. Sogleich gab es zwar Stimmen, die vor einer Euphorie und zu hoch gesteckten Erwartungen warnten. Dennoch ist unverkennbar, dass es die Hoffnung gibt, an die Zeit vor der Trump-Administration anknüpfen zu können und einen Neustart für die transatlantischen Beziehungen zu erreichen, der die bekannten Muster der Zusammenarbeit und die Führung der USA wiederaufnimmt. Ein Lackmustest hierfür bleibt die Frage, wie es die europäischen NATO-Staaten angesichts gestiegener sicherheitspolitischer Risiken, insbesondere im Verhältnis zu Russland, mit der notwendigen Verstärkung ihrer Verteidigungsanstrengungen halten.

Es gibt kein Zurück in eine vertraute Zukunft, es gibt vielmehr nur ein Vorwärts auf der Grundlage gemeinsamer Interessen in eine unvorhersehbare und von neuen Sicherheitsrisiken geprägte Zukunft. Schon unter Präsident Obama hat sich eine Veränderung der transatlantischen Beziehungen angebahnt; dieser Prozess, der einhergeht mit der Notwendigkeit, dass Europa mehr Verantwortung für seine Sicherheit und die Sicherheit der angrenzenden Regionen übernimmt, wird sich unter einem Präsidenten Biden fortsetzen und angesichts der Abnahme der relativ dominanten Stellung der USA in der Welt wie auch einer durch Trump nachhaltig wieder stärker isolationistisch geprägten innenpolitischen Gesamtstimmungslage in den USA noch beschleunigen. Dabei bietet die Veränderung der strategischen Lage Europas seit dem Ende des Kalten Kriegs den zentralen Ausgangspunkt für die Frage, was Deutschland und Europa für ihre Sicherheit leisten müssen.

---

\* Kontakt: Botschafter a.D. Rüdiger Lüdeking vertrat Deutschland bei der OSZE und war stellvertretender Beauftragter der Bundesregierung für Abrüstung und Rüstungskontrolle. Brigadegeneral Helmut W. Ganser amtierte u.a. als stellvertretender Leiter der Abteilung Militärpolitik im Bundesministerium der Verteidigung. Beide gehören der Studiengruppe Europäische Sicherheit und Frieden der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) an. E-Mail: [luedeking@hotmail.com](mailto:luedeking@hotmail.com) bzw. [helmutganser@t-online.de](mailto:helmutganser@t-online.de).

Das Ende des Kalten Kriegs markierte keinen Aufbruch in eine neue Weltordnung, allenfalls bedeutete es mit dem Ende der alten Bipolarität das Ende alter Gewissheiten. Heute sehen wir uns mit einer wachsenden Weltunordnung konfrontiert: Wir sind Zeugen einer Fragmentierung der internationalen Beziehungen, der Schwächung des internationalen Systems und eines Rückfalls in traditionelle nationale Denkmuster. Die heutige Weltlage ist durch eine sich verschärfende Rivalität insbesondere zwischen den Großmächten USA, Russland und China geprägt. Gleichzeitig stehen wir vor enormen globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Ressourcenkonkurrenz, zunehmende Ungleichgewichte in der Wirtschaftsentwicklung zwischen Nord und Süd, Spannungen im Welthandel, hybride Konflikte und Cyberkrieg. Diese Herausforderungen sind nur durch eine radikale Umkehr und die Besinnung auf die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit zu meistern. Ein Einfaches „Weiter so“ kann es für die zunehmend unter Druck geratenen freiheitlich und demokratisch verfassten Staaten nicht geben. Besonders die Mitgliedstaaten der EU drohen durch einen neuen Kalten Krieg zwischen die Fronten der Großmächte USA, Russland und China zu geraten.

Vor diesem Hintergrund kann Europa nicht einfach passiv bleiben und eine Verbesserung des Verhältnisses zur westlichen Führungsmacht abwarten. Es ist vielmehr schon jetzt zum Handeln gefordert. Die Vorgänge in Belarus, im Kaukasus wie aber auch der Mordanschlag auf den russischen Oppositionspolitiker Nawalny verlangen nach klarer Positionierung und der Ergreifung geeigneter Maßnahmen. Indessen dürfte sicher sein, dass die EU trotz der großen Entrüstung keine erfolgversprechenden Mittel hat, mit denen sie beispielsweise das Verhalten der russischen Führung kurzfristig ändern kann. Überdies müssen bei allen Maßnahmen nicht nur die eigenen Interessen, sondern auch die sicherheitspolitischen und militärischen Implikationen einer verschärften Konfrontation bedacht werden. Ein „spill over“ der politischen Konfrontation in Menschenrechtsfragen auf die militärpolitische Ebene muss verhindert werden. Im klugen Konfliktverhalten kommt es stets darauf an, „nicht den ersten Schritt zu tun, ohne den letzten zu bedenken“ (Carl von Clausewitz). Umso notwendiger ist es, sich auf die Grundlagen und realistischen Möglichkeiten der eigenen Sicherheits- und Außenpolitik zu besinnen und nach diplomatischen Wegen zu suchen, die einerseits glaubwürdige Antworten auf solch eklatante Menschenrechtsverletzungen vorsehen, aber andererseits eine gefährliche Eskalation im Verhältnis zur Atommacht Russland vermeiden. Dies erfordert auf Seiten der EU bzw. der europäischen Regierungen einen kühlen Kopf sowie Festigkeit und Konsequenz im Bewusstsein ihrer Verantwortung für die Erhaltung von Frieden und Sicherheit im europäischen Raum.

Dies ist der Kontext für die nachfolgende Analyse und die Vorschläge für eine europäische Stabilitätsinitiative.

## **2 Die NATO als Garant transatlantischer Sicherheit**

Trotz aller Notwendigkeit der Anpassung an veränderte Sicherheits Herausforderungen: Die NATO hat sich in den letzten Jahrzehnten als Garant für unsere Sicherheit bewährt. Sie ist auch heute noch, wie es die vom NATO-Generalsekretär eingesetzte Reflexionsgruppe in ihrem am 25. November 2020 vorgelegten Bericht „NATO 2030“ formuliert, „der strategische Anker in unsicheren Zeiten“.<sup>1</sup>

Die NATO hat sich während ihres mehr als 70-jährigen Bestehens als außerordentlich widerstandsfähig erwiesen. Nicht nur hat sie starke Belastungen für ihren Zusammenhalt wie die Suez-Krise 1956 und den Irakkrieg 2003 überstanden; sie hat sich auch in ihrem Dispositiv und ihrer Politik stets an sich verändernde Bedingungen und strategische Erfordernisse erfolgreich angepasst. Dies gilt auch für die 1960er-Jahre, in denen sich die NATO in einer tiefgreifenden Krise befand. Diese wurde durch eine Reihe von Meinungsverschiedenheiten zur Bedrohungsanalyse, zum Einsatz von Kernwaffen (Übergang von der Strategie der massiven Vergeltung zur Strategie der „Flexible Response“) wie auch zu Möglichkeiten und Zielen westlicher Entspannungspolitik ausgelöst. Hinzu kamen Belastungen durch Konflikte außerhalb des NATO-Gebiets wie den Vietnamkrieg und durch das Ausscheiden Frankreichs aus der integrierten Verteidigungsstruktur der NATO. Vor dem Hintergrund der tiefgreifenden Krisenstimmung schlug der damalige belgische Außenminister Pierre Harmel eine gemeinsame Studie über die Zukunft der Allianz vor. Zentrales Ergebnis des 1967 vom Bündnis beschlossenen „Harmel-Berichtes“ war die Annahme einer Doppelstrategie, der zufolge die Gewährleistung gesicherter Verteidigungsfähigkeit durch die Bereitschaft zu Dialog und Entspannung ergänzt wird. Entsprechend diesen beiden Hauptfunktionen sollte das Bündnis nicht nur von einer Aggression des Warschauer Pakts abschrecken, vielmehr sollte es sich auch für eine realistische europäische Friedensordnung einsetzen.

---

<sup>1</sup> NATO 2030: United for a New Era. Analysis and Recommendations of the Reflection Group Appointed by the NATO Secretary General, 25.11.2020, Abschnitt 2.1. Text abrufbar unter: [https://www.nato.int/nato\\_static\\_fl2014/assets/pdf/2020/12/pdf/201201-Reflection-Group-Final-Report-Uni.pdf](https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2020/12/pdf/201201-Reflection-Group-Final-Report-Uni.pdf) (besucht am 15.01.2021).

Die Harmel-Formel ist nicht nur beispielgebend für Bemühungen um den Zusammenhalt der NATO. Sie war auch wegweisend für die Überwindung des Ost-West Gegensatzes und hat bis heute nichts von Ihrer Bedeutung verloren. Es ist heute angebracht, an sie zu erinnern, befindet sich das Bündnis doch in einer neuen Krise, in der der gemeinsame Kompass für die Bewältigung der bestehenden Herausforderungen für unsere Sicherheit verloren gegangen zu sein scheint. Die heutige Krise ist jedoch aus einer Reihe von Gründen gravierender als vorausgegangene, werden doch bisherige Gewissheiten im transatlantischen Verhältnis grundsätzlich in Frage gestellt.

An erster Stelle ist in dieser Hinsicht die Politik der Administration von Präsident Donald Trump zu nennen. Sie hat grundlegende Zweifel an der Verlässlichkeit der USA als Bündnispartner ausgelöst. Präsident Trump verfolgte erklärtermaßen eine ausschließlich an (vermeintlichen) nationalen Interessen orientierte Politik mit isolationistischen und protektionistischen Zügen. Und er hat selbst zu Beginn seiner Amtszeit die NATO und die Beistandsgarantie für die Bündnispartner in Frage gestellt – wie er überhaupt nur Geringschätzung für internationale Organisationen übrig zu haben schien. Da er erklärtermaßen allein auf den nationalen Vorteil bedacht war, waren die Zweifel an der Bündnissolidarität der USA verständlich. Die Gretchenfrage stellte sich, ob die erweiterte nukleare Abschreckung der USA noch glaubwürdig sein würde; wären die USA in einem Konfliktfall bereit, zum Schutz der europäischen Verbündeten das Risiko eines Nuklearschlags auch auf das eigene Territorium hinzunehmen? Diese Frage wiegt auch deshalb besonders schwer, als ohnehin die Wirkung oder Nichtwirkung der Abschreckung von einer paradoxen Logik abhängt, bei der Annahmen zu Rationalität und Berechenbarkeit der Hauptprotagonisten eine zentrale Rolle spielen. Zudem hat Trump erkennen lassen, dass er keine Rücksicht auf die Interessen der Verbündeten (wie überhaupt des Gegenübers) zu nehmen bereit war. Damit war Europa stärker bei der Wahrung seiner Sicherheit und der seines Umfeldes auf sich gestellt – eine nicht neue Tatsache, hatte doch schon Präsident Obama durch seine erklärte stärkere US-amerikanische Hinwendung nach Asien die europäischen Staaten zur Übernahme vermehrter Verantwortung für die eigene Sicherheit aufgefordert. Während der Zeit der Trump-Administration bestand mehr denn je die Gefahr der strategischen Abkoppelung im transatlantischen Verhältnis. Diese fand nicht nur in den von der Trump-Administration verfüigten Truppenreduzierungen ihren Ausdruck. In dieser Hinsicht bedenklich ist auch die in der US-Nuklearstrategie von 2018 und in der nuklearen Rüstungstechnologie enthaltene Tendenz zur Führbarkeit regional begrenzter Nuklearkriege, die dem europäischen Sicherheitsinteresse widerspricht.

Auch in anderer Hinsicht haben sich die USA unter Trump von NATO und den europäischen Bündnispartnern entfernt: Sie setzten einseitig auf Abschreckung und militärische Überlegenheit als Garanten für die eigene Sicherheit. Damit folgte die Trump-Administration dem Beispiel von Präsident George W. Bush. Dabei war sie jedoch noch konsequenter in der Abwendung von der zweiten Säule des Harmel-Konzeptes, von der Bereitschaft zu Dialog und Entspannung. Dies zeigte sich in der – gegen den erklärten Willen der europäischen Bündnispartner erfolgten – weitgehenden „Abräumung“ des rüstungskontrollpolitischen *Acquis*. Mit dem Ziel, größere sicherheitspolitische Handlungsfreiheit zu erlangen, wurden u.a. der Vertrag mit Russland über nukleare Mittelstreckensysteme (INF), der Vertrag über den Offenen Himmel und das Nuklearabkommen mit Iran von den USA gekündigt; auch der letzte bilaterale Vertrag zur nuklearen Rüstungskontrolle mit Russland, der im Februar auslaufende NewSTART-Vertrag über die verifizierbare Reduzierung und Begrenzung strategischer Nuklearsysteme, wurde von Trump nicht verlängert. Im Ergebnis führte dies neben neuen Risiken wie Cyber- und hybrider Kriegsführung zu neuen Gefahren für die strategische Stabilität und zu einem Wiederaufleben des Wettrüstens.

Nach den US-Präsidentschaftswahlen besteht jetzt die Hoffnung, dass der neue Mann im Weißen Haus, Joe Biden, einen konstruktiveren bündnisfreundlicheren Kurs verfolgt und auch der Rüstungskontrolle und der Konsultation und Einbindung der NATO-Partner wieder einen höheren Stellenwert beimisst. Allerdings trifft er auf zentrifugale Tendenzen und erhebliche Auffassungsunterschiede unter den europäischen Bündnispartnern, insbesondere was das Verhältnis zu Russland angeht. Es nimmt deshalb nicht Wunder, dass die Wahrung und Stärkung der Allianz im Mittelpunkt des Berichts „NATO 2030“ stehen.

Russland ist nach der bereits in den 2000er Jahren von den USA und auch wichtigen europäischen NATO-Staaten betriebenen unklugen Ausgrenzungsstrategie zu einem zunehmend schwierigen Partner geworden. Dabei setzt Russland unter Präsident Putin alles daran, sich trotz des wirtschaftlichen und politischen Niedergangs als Großmacht zu behaupten und sein „Glacis“ gegenüber der NATO bzw. einen maßgeblichen Einfluss im postsowjetischen Raum zu wahren. Es schreckt hierzu auch vor dem Einsatz militärischer Macht wie bei der Annexion der Krim und in der Ostukraine wie auch im Nahen Osten nicht zurück. Angesichts dessen bleiben die Aussagen des Reflexionsberichtes „NATO 2030“ den schon bisherigen konventionell-überkommenen Allgemeinformulierungen verhaftet. Vor allem fehlt jegliche

selbstkritische Analyse der Versäumnisse des Bündnisses, zu einem besseren Verhältnis zu Russland beizutragen. Die Aussage, dass die Sicherheit Europas ohne Russland nicht denkbar ist, bleibt eine Leerformel in Sonntagsreden. Auch nach dem Amtsantritt von Biden werden die Meinungsunterschiede zur Gestaltung der Beziehungen zu Russland weiter unversöhnlich im Bündnis aufeinanderprallen. Es ist angesichts der Haltung im Washingtoner Politikestablishment nicht damit zu rechnen, dass sie kurzfristig durch amerikanische Führung ausgeräumt werden.

Selbst wenn Europa und die NATO unverändert stark auf Russland und die Instabilitäten im postsowjetischen Raum fixiert sind, so können sie im Hinblick auf das Interesse an strategischer Stabilität im globalen Rahmen das Aufkommen einer neuen, wirtschaftlich wie militärisch potenten und zudem aggressiv ihren Einfluss zu erweitern trachtenden Großmacht China nicht ignorieren. Präsident Trump versuchte, China konfrontativ einzuhegen. Er betrachtete China als ideologischen und wirtschaftlichen „Feind“ und für die amerikanische Vormachtstellung global wie auch im ost- und südostasiatischen Kontext als unmittelbare Bedrohung. Selbst wenn Präsident Biden sich konzilianter äußert, so bleibt doch – nicht zuletzt auch aufgrund des regionalen Vormachtstrebens Chinas wie auch seines aggressiv verfolgten Aufstiegs zu einer wirtschaftlich wie politisch globalen Macht – die Perspektive eines neuen Kalten Kriegs mit veränderten Vorzeichen.

### **3 Kernaufgaben einer vorausschauenden europäischen Sicherheitspolitik**

Das Bewusstsein für die sich uns stellenden sicherheitspolitischen Herausforderungen ist in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit und Politik allenfalls unzureichend ausgeprägt. Damit stellt sich die Grundfrage, was zu tun ist und wie ein neues Momentum für die deutsche und europäische Sicherheitspolitik geschaffen werden kann. Dabei muss es vor allem darum gehen, der Harmel-Formel in ihren beiden Teilen wieder zu ihrem Recht zu verhelfen. In dieser Perspektive geht es jetzt um folgende drei Kernaufgaben:

#### **3.1 Erstens: Entschlossenes Hinarbeiten auf eine strategische Autonomie Europas**

Um Begrifflichkeiten ist inzwischen ein ideologischer Streit entbrannt, der beispielsweise in dem inhaltlich unnötigen Schlagabtausch zwischen der deutschen Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer und dem französischen Präsidenten Macron deutlich wurde. Worum geht es bei der „strategischen Autonomie“ oder der „europäischen Souveränität“? Beide Begriffe

sind bisher nicht autoritativ definiert; im Grunde sind sie sogar auswechselbar. Entgegen gängiger Verdächtigung wollen sich diejenigen, die diese Begriffe benutzen, vom transatlantischen Bündnis nicht zwangsläufig absetzen. Allerdings wird das, was mit den Begriffen umrissen ist, in der heutigen Welt immer wichtiger: die Fähigkeit zu einer eigenständigen Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik und zur Selbstbehauptung und Gestaltung in einem zunehmend durch Großmachtrivalitäten gekennzeichneten internationalen Umfeld. Nur mit dieser Fähigkeit wird es möglich sein, die global unter Druck geratenen freiheitlich-demokratischen Werte zu verteidigen. Trotz der im nächsten Abschnitt herausgestellten Aufgabe der Stärkung der transatlantischen Beziehungen, ist es realpolitisch unumgänglich, dass Europa auf die Ausbildung einer so umrissenen strategischen Autonomie konsequent hinarbeitet. Die EU mit ihren bestehenden Ansätzen einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gibt den geeigneten Rahmen hierfür ab. Entscheidende Grundlage für die Erreichung dieses Ziels bleibt die wirtschaftliche Leistungskraft und handels- und währungspolitische Potenz der EU.

So sehr die Dringlichkeit auf der Hand zu liegen scheint, so sehr sind aber auch die Hürden auf dem Weg dorthin deutlich geworden. Die Probleme reichen von unzureichender Kohäsion unter den Mitgliedstaaten der EU, unverändert nationalstaatlichen Ansprüchen und Eigenheiten in der Verteidigungspolitik, Differenzen in der Bewertung des Ziels wie der Beziehungen zu den USA und China bis hin zu Gestaltungsfragen wie der Einbindung Großbritanniens und anderer europäischer Staaten, die nicht der EU angehören. Vor allem auf Seiten der mittelosteuropäischen Staaten besteht ein Misstrauen gegenüber dem Ziel der strategischen Autonomie; sie fürchten eine Konkurrenz zur NATO und die Gefahr des Disengagements der USA. Und schließlich stehen die geltenden Entscheidungsverfahren der EU einem raschen Integrationsfortschritt auf dem Weg zur strategischen Autonomie im Wege.

Die unzureichende EU-Integration im Verteidigungsbereich wird gerade bei einer Betrachtung der Streitkräfte der europäischen Staaten deutlich. Nach SIPRI-Angaben beliefen sich 2019 beispielsweise allein die Verteidigungshaushalte von Deutschland, Frankreich und Großbritannien zusammengenommen auf 148 Milliarden US-Dollar, demgegenüber hatte der Verteidigungshaushalt Russlands lediglich einen Umfang von 65 Milliarden US-Dollar.<sup>2</sup> Selbst,

---

<sup>2</sup> SIPRI Military Expenditure Database: Data for all countries from 1988–2019 in constant (2018) USD. Abrufbar unter <https://www.sipri.org/sites/default/files/Data%20for%20all%20countries%20from%201988%E2%80%932019%20in%20constant%20%282018%29%20USD.pdf> (besucht am 15.01.2021).

wenn man Probleme bei der Vergleichbarkeit in Rechnung stellt, so fallen die vergleichsweise erheblichen Ausrüstungsmängel und Fähigkeitslücken der drei europäischen Staaten ins Auge. Es besteht offenbar eine mangelnde Wirksamkeit der für Verteidigungsaufgaben eingesetzten Finanzmittel. Hinzu kommen nicht ausgeräumte Probleme bei der Interoperabilität und Einsatzbereitschaft der Streitkräfte europäischer Staaten.

Selbst wenn es gelänge, durch rasche Integrationsfortschritte die bestehenden Hindernisse zu beseitigen, so benötigt der Aufbau schlagkräftiger europäischer Streitkräfte, die das gesamte erforderliche Fähigkeitsspektrum wirksam abdecken, Zeit; d.h. die strategische Autonomie im militärischen Bereich ist realistischerweise nur in langfristiger Perspektive erreichbar. Dennoch sind Fortschritte auf dem Weg dorthin überfällig. Und um bestehende Vorbehalte einiger europäischer Staaten abzubauen, gilt es das Verständnis zu fördern, dass die Erhöhung der EU-Verteidigungsanstrengungen gerade auch eine Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO bedeutet (Komplementarität). Zudem könnte es erforderlich sein, die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zunächst im Kreis der hierzu bereiten EU-Staaten („sicherheitspolitisches Kerneuropa“) voranzubringen; dem Tandem Deutschland-Frankreich kommt hierbei eine Motor- und Vorreiterfunktion zu.

### **3.2 Zweitens: Stärkung der transatlantischen Beziehungen und der NATO**

Trotz oder gerade wegen der während der Trump-Administration aufgekommenen Spannungen mit den USA ist die Intensivierung des transatlantischen Dialogs nicht nur zu bestehenden strittigen Fragen, sondern auch zu strategischen Fragen (u.a. Politik gegenüber China, Russland, Iran, Nordkorea, Nahost, Südasien) geboten. Die Krise in Belarus und das aggressive Vorgehen Russlands in dem von ihm beanspruchten Einflussbereich des postsowjetischen Raums machen eine enge transatlantische Abstimmung besonders dringlich. Dabei muss es darum gehen, die Konfrontationsspirale im Verhältnis zu Russland zu stoppen und auf die Fortsetzung des Dialogs und Rüstungskontrollverhandlungen mit dem Ziel hinzuwirken, einen glaubwürdigen stabilisierenden Modus vivendi zu finden, der rationalem Kalkül entspricht, ohne dass jedoch der Anspruch auf Einhaltung der durch die in der OSZE vereinbarten Wertestandards aufgegeben wird.

Schließlich tut eine Intensivierung der internen Beratungen zur Festigung des Bündniszusammenhaltes not. Dabei geht es vor allem um folgende Kernthemen: Rolle des Bündnisses bei Konflikten und Stabilitätsrisiken außerhalb des Anwendungsgebietes des



Washingtoner Vertrags; NATO-Strategie und nukleare Abschreckung (Erfordernisse in einem multipolaren Umfeld, Wahrung einer glaubwürdigen transatlantische Kopplung; Auswirkungen der Veränderungen der amerikanischen Nuklearstrategie, die die Schwelle für den Einsatz nuklearer Waffen auch in einem regionalen Konfliktszenario abgesenkt haben); Bedrohungsszenarien und Definition hierfür erforderlicher militärischer Dispositive. Dieser Dialog muss, will er sein Ziel erfüllen, intern bleiben. Er muss kritisch und zielgerichtet geführt werden. Beispielsweise wird ein besonderes Augenmerk der zumindest seit 2018 erkennbaren Tendenz der US-amerikanischen Rückkehr zur Nutzung von modernsten Nuklearwaffen mit relativ geringer Sprengkraft als Gefechtsfeldwaffe in Europa gelten müssen: Eine Option, die aufgrund neuer präziser und weitreichender Trägertechnologien keine neuen Stationierungen auf europäischem Territorium mehr erfordert. Im Interesse der transatlantischen Koppelung muss der damit einhergehenden Gefahr der Senkung der nuklearen Schwelle und einer Begrenzung eines Nuklearkrieges auf Europa Einhalt geboten werden. Hier müssen die USA ihre im letzten Nuclear Posture Review getroffenen strategischen Weichenstellungen im NATO-Kontext korrigieren;<sup>3</sup> zudem muss parallel zur Vermeidung einer solchen Perspektive auch dem Thema konventioneller Stabilität und Risikoreduzierung in Europa größere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Selbst wenn die während der Trump-Jahre aufgekommenen berechtigten Zweifel an der Verlässlichkeit der USA als Bündnispartner auch unter Präsident Biden fortwirken sollten, die NATO bleibt – nicht zuletzt auch angesichts der andauernden politischen wie militärischen Schwäche der EU – unverzichtbar für die Sicherheit Europas. Die USA sollten überzeugt werden, dass in einer Zeit zunehmender autoritärer Tendenzen, die die demokratisch und freiheitlich verfassten Staaten unter Druck setzen, auch ihre Sicherheit zunehmend von einer intakten transatlantischen Partnerschaft abhängt. Eine intakte Partnerschaft setzt ein Verhältnis auf Augenhöhe voraus, bei dem die europäischen Partner nicht Vasallen, sondern Partner mit eigenen, gegebenenfalls im Sinne eines Interessenausgleichs zu berücksichtigenden Interessen sind.

Gerade nach dem Präsidentenwechsel in den USA ist es im Interesse einer Wiederbelebung der transatlantischen Partnerschaft besonders wichtig, dass die europäischen Staaten keinerlei

---

<sup>3</sup> Office of the US Secretary of Defense, Nuclear Posture Review, Februar 2018. Im Internet abrufbar unter: <https://media.defense.gov/2018/Feb/02/2001872886/-1/-1/1/2018-NUCLEAR-POSTURE-REVIEW-FINAL-REPORT.PDF> (besucht am 15.01.2021).

Zweifel an ihrer eigenen Verlässlichkeit und Bündnissolidarität aufkommen lassen. Dies hat Konsequenzen u.a. für zwei, aktuell in Deutschland kontrovers in der Öffentlichkeit diskutierte Themen: die nukleare Teilhabe und das Wachstum der Verteidigungsausgaben. Selbst wenn man deren Ausgestaltung hinterfragen kann, so läge ein Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe nicht in deutschem Interesse. Deutschland bleibt auf absehbare Zeit für seine Sicherheit auf die erweiterte Abschreckung durch die USA angewiesen. Ein deutscher Ausstieg, der von unseren europäischen Partnern nicht verstanden würde, würde Deutschland im Bündnis isolieren und den transatlantischen Zusammenhalt und den deutschen Einfluss auch auf die nukleare Einsatzplanung der NATO schwächen. Zudem würde er keinen Schritt auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt voranbringen.

Bei den Verteidigungsausgaben haben die USA in den vergangenen Jahren nachdrücklich auf Erfüllung des 2014 in der NATO vereinbarten Ziels von zwei Prozent am BIP gepocht. Selbst wenn dies in dem NATO-Beschluss nur als Richtgröße definiert ist und Deutschland den Verteidigungshaushalt in den letzten Jahren deutlich erhöht hat (allein 2019 um zehn Prozent) so bleibt die Aufgabe, die Mängel in der Ausrüstung und Personalausstattung der Bundeswehr schnellstmöglich zu beheben. Dies erfordert strukturelle Maßnahmen zur Erhöhung der Wirksamkeit der Ausgaben, insbesondere durch eine signifikant verbesserte Beschaffungspolitik für die Bundeswehr aber auch weitere spürbare Erhöhungen der Verteidigungsausgaben. Wichtiger als die Verteidigungsausgaben, die ja nur eine nominelle Input-Größe darstellen, sind Output Parameter, also die erreichten durchhaltefähigen militärischen Fähigkeiten und der konkrete deutsche Beitrag zur NATO. Dies ist Deutschland auch seinen Soldaten schuldig. Daneben gilt es aber auch, im Bündnis ein gemeinsames Verständnis zu den zu erfüllenden militärischen Aufgaben und den hierfür erforderlichen Mitteln zu schaffen.

### **3.3 Drittens: Förderung von Zusammenarbeit zwischen den Großmächten und Anregung eines Dialogprozesses der fünf Nuklearwaffenstaaten**

Verfügt Deutschland in NATO und EU über verbrieftete Mitsprache- und Beteiligungsrechte, so vermag es auf die Großmächte letztlich nur bilateral, in Abstimmung mit anderen gleichgesinnten Staaten oder im Rahmen multilateraler Foren diplomatisch einzuwirken. Dies ist jedoch umso wichtiger, als die sich verschärfende Rivalität der Großmächte heute das zentrale Sicherheitsproblem ist. Erschwerend kommt hinzu, dass die Fronten insbesondere zwischen den USA und Russland und China verhärtet sind. Das Fehlen von Dialog und

Zusammenarbeit wie auch Rüstungskontrollpolitischer Vereinbarungen zwischen ihnen birgt erhebliche Stabilitätsrisiken.

Die USA könnten eine wichtige Vorreiterrolle spielen und Impulse für Dialog und Zusammenarbeit mit den anderen Großmächten geben. Stattdessen haben sie vor allem in den letzten Jahren einseitig auf Konfrontation gesetzt und versucht, aus ihrer Sicht wünschbare Ergebnisse durch Druck und Verhängung von Sanktionen zu erreichen. Unter der „America First“-Philosophie schien es keinen Platz für Interessenausgleich und Rüstungskontrollpolitische Vereinbarungen gegeben zu haben, die auch die eigenen Rüstungsanstrengungen begrenzt.

Gerade in Vorbereitung auf die im Sommer 2021 anstehende Überprüfung des Atomwaffensperrvertrags gilt es, sich bietende Möglichkeiten der Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Nuklearwaffenstaaten zu nutzen. Im Hinblick auf die Zukunft des Vertragsregimes ist es wichtig, dass die fünf anerkannten Nuklearwaffenstaaten des Vertrags – Russland, die USA, China, Frankreich, Großbritannien – die Bereitschaft dokumentieren, ihrer Verpflichtung zu nuklearer Abrüstung gerecht zu werden. Auch deshalb kommt der Verlängerung des NewSTART- Vertrags große Bedeutung zu. Zudem wäre es zu wünschen, dass der traditionelle Abstimmungsprozess unter den sog. „P5“ in Vorbereitung auf bevorstehende Überprüfungskonferenzen sich zur Keimzelle eines Verhandlungsprozesses zu sicherheitspolitischer Stabilität und Entspannung entwickeln würde.

#### **4 Eine europäische Stabilitätsinitiative**

Viele der vorstehenden Ausführungen zu den sicherheitspolitischen Kernaufgaben mögen vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Lage wohlfeil klingen. Die Chancen auf kurzfristige Realisierung dazu genannter Ziele mögen berechtigterweise als gering erachtet werden. Aber schon immer waren Stringenz, Geduld, Beharrlichkeit, Hartnäckigkeit und Konsequenz zentrale Erfordernisse diplomatischer Bemühungen in der Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik. Was heute noch weit entfernt oder gar illusorisch erscheint, kann bei Öffnung eines Fensters der Gelegenheiten in kürzester Zeit gelingen. Dies ist auch eine Lehre, die aus den zum Ende des Kalten Kriegs gemachten Erfahrungen gezogen werden kann. So wurden beispielsweise Rüstungskontrollpolitische Durchbrüche (wie 1990 der Abschluss des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa) erreicht, die über Jahrzehnte zuvor unerreichbar schienen.

Allerdings kann nicht tatenlos zugesehen und einfach auf den Eintritt eines neuen Fensters der Gelegenheiten gewartet werden. Vielmehr muss ein neues Momentum geschaffen werden, um bestehende konfrontative Verhärtungen aufzulösen und neue politische wie öffentliche Aufmerksamkeit für sicherheitspolitische und rüstungskontrollpolitische Fragen zu schaffen. Hierzu wird eine hochrangige politische Initiative vorgeschlagen, die sich auf einen Neuanatz zu einem strategischen Dialog mit Russland in einem breiteren europäischen Rahmen richtet.

Eine solche Initiative knüpft an den bestehenden dringlichen Handlungsbedarf an. Sie geht davon aus, dass europäische Sicherheit nicht gegen, sondern nur mit Russland zu gewährleisten ist und der vor allem in den letzten 20 Jahren verfolgte allein konfrontative Ansatz sich als ineffizient erwiesen und keinerlei Änderung zum Positiven gebracht hat. Die bestehenden Konflikte in Europa sind ungelöst geblieben, das gegenseitige Misstrauen ist gestiegen und die Spannungen wie auch die Zahl der Cyber-Konflikte sind angewachsen. Zudem kosten die verhängten Sanktionen und Gegen-Sanktionen die europäischen Staaten genauso viel (wenn nicht mehr) wie Russland. Schließlich fordern gerade auch die aktuelle Krise in Belarus, der Krieg zwischen Aserbaidschan und Armenien um Bergkarabach wie auch die repressive innenpolitische Lage im Russland Putins, dass die Sprachlosigkeit überwunden wird, die Gefahren innenpolitischer Zuspitzungen, massiver Menschenrechtsverletzungen und rechtswidriger Interventionen in beiden Ländern nach Möglichkeit eingedämmt werden.

Zur Glaubwürdigkeit einer derartigen Initiative ist es erforderlich, dass sie ausgewogen und inhaltlich nicht überfrachtet ist. Selbst wenn der Fokus auf dem zweiten Teil des Harmel-Ansatzes, Dialog und Entspannung, liegt, so darf der erste Teil, die gesicherte Verteidigungsfähigkeit, nicht vernachlässigt werden. Deutschland könnte gemeinsam mit Frankreich die Rolle des Initiators der Initiative übernehmen, müsste sich jedoch innerhalb der EU und der NATO der Unterstützung versichern. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass – sollte es nicht genügend Unterstützung geben – zunächst eine Koalition der Willigen die Initiative vorantreibt; dies könnte auch bedeuten, dass beispielsweise einige ostmitteleuropäischen Bündnispartner nicht teilnehmen.

Die Initiative könnte zwei zentrale Ziele verfolgen:

#### **4.1 Erstens: Schaffung einer neuen gesamteuropäischen Architektur kollektiver Sicherheit**

Dieser Teil der Initiative kann inhaltlich an die OSZE und den KSZE-Prozess und zentrale Dokumente wie die Helsinki-Schlussakte 1975 und die Charta von Paris 1990 anknüpfen. Der Neuansatz möglicherweise im Wege einer Konferenz auf höchster politischer Ebene ist schon deshalb nötig, weil die OSZE sich in einer existentiellen Krise befindet. Dies darf jedoch keine Abstriche am OSZE-*Acquis* oder dessen Relativierung bedeuten. Eine Konferenz müsste jedoch von den heutigen Realitäten ausgehen und hätte zum Ziel, die gemeinsamen Werte und Prinzipien zu bekräftigen, neue Impulse für Dialog und Entspannung zu geben und kollektive Lösungen zu bestehenden Konfliktlagen zu erreichen.

Die folgenden Gesichtspunkte könnten für die Ausarbeitung der Initiative einen Anhalt bieten:

- Mit einer Bezugnahme auf die russische Idee eines Europäischen Sicherheitsvertrages aus den Jahren 2008/09 könnte ein für Russland möglicherweise interessanter Ausgangspunkt gewählt werden, mit Hilfe dessen ein Beitrag zur Überwindung der „NATO-Zentriertheit“ der europäischen Sicherheitsarchitektur geleistet werden könnte. Die russische Idee wurde damals vorschnell von westlichen Partnern verworfen, obwohl die russischen Vorstellungen letztlich nicht abschließend formuliert waren und nicht über den OSZE-*Acquis* hinausgingen. Die vertragliche Fassung von Vereinbarungen würde besonders für Russland einen Mehrwert im Vergleich zu den allein politischen Vereinbarungen der OSZE bedeuten, selbst wenn letztere in der Substanz nicht verändert und lediglich seit Verabschiedung der Charta von Paris eingetretene Entwicklungen berücksichtigt würden. Allerdings müsste angesichts bestehender Befindlichkeiten auf Seiten vieler westlicher Staaten eine Vorfestlegung auf die Vertragsform vermieden werden.
- Russlands Interesse an einer verstärkten Einbindung in die europäische Sicherheitsordnung könnte durch die Schaffung eines kollektiven Konsultationsmechanismus auf politischer Ebene (Europäischer Sicherheitsrat) Rechnung getragen werden. Der Status eines solchen Gremiums könnte durch eine vertragliche Verankerung aufgewertet werden. Daneben sollte auch der NATO-Russland-Rat aufgewertet und wiederbelebt werden.
- Besonders heikel ist die Frage der Rücksichtnahme auf Russlands Status quo-Orientierung. Dem könnte durch eine implizite Respektierung von russischen Interessen im postsowjetischen Raum entgegengekommen werden. Diese könnte in einer

moderaten Außenpolitik bei Regionalkonflikten im postsowjetischen Raum und dem (unausgesprochenen) Verzicht auf die Aufnahme von weiteren postsowjetischen Staaten in die NATO ihren Ausdruck finden. Im Gegenzug muss Russland jedoch westliches Wachen und Engagement bei eklatanter Verletzung zentraler Prinzipien (Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten) akzeptieren und auch die moderierende Rolle des vorgeschlagenen Europäischen Sicherheitsrats bei der Regelung nicht nur zwischenstaatlicher Streitfälle (vgl. Wahlfälschung in Belarus) akzeptieren.

- Besondere Aufmerksamkeit muss auch der Bergkarabach-Frage gelten. Der nach dem Krieg 2020 von Russland vermittelte – oder besser oktroyierte – Waffenstillstand hat keine Lösung des Konfliktes gebracht. Hier böte sich die Vermittlung zur Erarbeitung einer Lösung im Rahmen der OSZE an; diese müsste die Leitprinzipien territoriale Integrität Aserbaidschans und Selbstbestimmungsrecht der in Bergkarabach lebenden Armenier in fairer Weise berücksichtigen. Die NATO wäre dabei besonders berufen, die Türkei, die sich in dem Krieg als Kriegstreiber betätigt hat, in die Schranken zu weisen. Der türkische Versuch, durch die militärische Unterstützung Aserbaidschans Einfluss in einer Region auszubauen, die Russland bisher als seine ausschließliche Einflussosphäre betrachtet hat. liegt – aufgrund damit vorprogrammierter Spannungen mit Russland – nicht im Interesse des Bündnisses.
- Ein nicht zu unterschätzender Punkt ist die Frage des grundsätzlichen Umgangs mit Russland. Es ist in Rechnung zu stellen, dass Russland sich als Großmacht auf Augenhöhe mit den USA versteht. Die Abqualifizierung als zweitrangige und einzuhegende Regionalmacht durch Präsident Obama war kontraproduktiv, da sie russischen Widerstand und den Willen zur Dokumentierung und Durchsetzung seines globalen Interessenanspruchs geradezu herausgefordert hat. Beispielhaft ist hierfür auf das russische Agieren im Mittelmehrraum und in Syrien zu verweisen. Deshalb sind als Bestandteil der Initiative politische Konsultationen und praktische Zusammenarbeit zu globalen Fragen (ggf. in institutionalisiertem Rahmen) zu fördern (u.a. zu Afghanistan, Iran, Nordkorea).
- Um eine Initiative für Russland interessant zu machen, sollte auf die Stärkung der Zusammenarbeit zu Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt besonderes Gewicht gelegt werden. Dieser Themenbereich, auf den schon die Sowjetunion nach Zeichnung der KSZE-Schlussakte besondere Hoffnungen gesetzt hatte, ist bis heute in der OSZE völlig unterentwickelt geblieben. Die ökonomischen und finanziellen

Implikationen der Abkehr von fossilen Energieträgern in den kommenden Jahrzehnten könnten das Kooperationsinteresse Moskaus stimulieren.

- Nach Ende des Kalten Kriegs stand die Frage eines in langfristiger Perspektive denkbaren Beitritts Russlands zur NATO im Raum. Inzwischen spricht darüber niemand mehr; auch Russland lehnt eine solche Zielvorstellung ab. Dennoch sollte das Ziel einer strategischen Partnerschaft mit Russland und der Konsolidierung des europäischen Sicherheitssystems wiederbelebt werden. Selbst wenn dies aktuell kaum realisierbar erscheint, so dürfte Russland letztlich nicht daran interessiert sein, sich durch Abgrenzung gegen das westliche Europa zu einem Juniorpartner Chinas zu entwickeln.

#### **4.2 Zweitens: Ein Neuansatz für die europäische Rüstungskontrolle**

Dieser ist nötig, nachdem mit Ausnahme des Wiener Dokuments alle wichtigen rüstungskontrollpolitischen Vereinbarungen durch die USA „abgeräumt“ wurden. Eine Rückkehr zu Open Skies, KSE oder INF scheint kaum realistisch. Der Neuansatz muss dies berücksichtigen; die Aushandlung neuer „harter Rüstungskontrollmaßnahmen“ mit Begrenzungen und Reduzierungen von Potentialen dürfte in einem ersten Schritt kaum möglich sein. Vielmehr muss es darum gehen, verlorenes Vertrauen wiederherzustellen und sich auf konkrete Stabilitäts- und Sicherheitsrisiken zu konzentrieren, die durch zugeschnittene Rüstungskontrollmaßnahmen beseitigt oder zumindest abgemildert werden.

Im Vordergrund des Neuansatzes könnten deshalb folgende konkreten Verhandlungsziele und -inhalte stehen:

- Vereinbarung und Einsatz von rüstungskontrollpolitischen Maßnahmen in Krisen- und Konfliktsituationen (vgl. hierzu beispielhaft Situationen im Kaukasus und in der Ostukraine, bei denen der Einsatz zugeschnittener auf der Grundlage des bereits 1993 in der OSZE vereinbarten Katalogs von statusneutralen „stabilisierenden Maßnahmen für örtlich begrenzte Krisensituationen“ zur Schaffung einer gemeinsamen Faktenbasis, Krisenstabilität und Verhütung bewaffneter Auseinandersetzungen beitragen könnte). Die im Herbst 2020 von einer Track 2- Expertengruppe aus NATO-Mitgliedstaaten und Russland vorgelegten Empfehlungen enthalten zweckdienliche Handlungsmöglichkeiten zur Risikoreduzierung zwischen NATO und Russland.<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> Text abrufbar unter: Recommendations of the Participants of the Expert Dialogue on NATO-Russia Military Risk Reduction in Europe (2020). [https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/sonstiges/NATO\\_Russia\\_Military\\_Risk\\_Reduction\\_in\\_Europe\\_Expert\\_Dialogue\\_Recommendations.pdf](https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/sonstiges/NATO_Russia_Military_Risk_Reduction_in_Europe_Expert_Dialogue_Recommendations.pdf) (besucht am 13.01.2021).

- Aushandlung von subregionalen Rüstungskontrollregimen an der Kontaktlinie zwischen NATO und Russland (gegebenenfalls auch Belarus): Von besonderer Bedeutung (mögliches Pilotprojekt) an der Grenze zwischen baltischen Staaten und Russland (das angestrebte Rüstungskontrollregime könnte geografisches Disengagement, Stationierungs- und Übungsbeschränkungen, Begrenzungen von Hauptwaffensystemen/Personal, intrusive Verifikation und einen Konsultationsmechanismus für lokale Zusammenstöße auch auf Ebene der militärischen Hauptquartiere im Sinne von „Deconflicting“ beinhalten). Das gesamteuropäische Regime des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) wird nach der Nichtratifizierung des adaptierten KSE-Vertrags, der 1999 den ursprünglichen Vertrag an die durch den Zerfall von Warschauer Pakt und Sowjetunion veränderte Situation anpasste, durch die NATO-Staaten und den faktischen Austritt von Russland 2015 nicht mehr wiederbelebt werden können; allerdings bieten die KSE-Bestimmungen eine Blaupause für die Ausgestaltung von subregionalen Rüstungskontrollregimen; die Zurückhaltungsverpflichtungen in der NATO-Russland-Grundakte 1997 und der KSE-Schlussakte 1999 bleiben jedoch relevant und könnten spezifiziert und formalisiert werden.
- Ausbau und Intensivierung der Anwendung des Instrumentariums von Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM): Mit diesem Ziel könnte die Aufwertung und Weiterentwicklung des Wiener Dokuments u.a. durch folgende Maßnahmen betrieben werden: Reduzierung von Schwellenwerten für die Beobachtung militärischer Aktivitäten, Erhöhung der Quoten für Inspektions- und Überprüfungsbesuche, stringenter Fassung des Informationsaustausches zu Streitkräften und Waffensystemen, Verbesserung der Verifikationsmodalitäten, Erweiterung des Instrumentariums der Transparenz- und beschränkender Maßnahmen (insbesondere im Hinblick auf Dislozierung/ Übungen von Streitkräften außerhalb der Friedensstandorte), Schaffung eines gemeinsamen zentralen Aufklärungs- und Verifikationsmechanismus (nutzbar neben unverändert bestehenden Rechten des einzelnen Staats).
- Förderung und Intensivierung der Kontakte auf politischer und militärischer Ebene und eines institutionalisierten Dialogs auf hoher Ebene zu Bedrohungsperzeptionen, Fragen strategischer und taktischer Stabilität, Verteidigungsdoktrinen und zu Status und Entwicklung von Streitkräftedispositiven (gegebenenfalls auch hochrangige Konferenz zu sicherheitspolitischer Zusammenarbeit im Rahmen des NATO-Russland-Rates oder



gesondert, um auf neue Risiken und Möglichkeiten von Fehlwahrnehmungen reagieren zu können).

- Auslotung und Aushandlung rüstungskontrollpolitischer Maßnahmen zur Einhegung neuartiger Bedrohungen (u.a. Cyberoperationen, hybride Kriegsführung, Weltraum).
- Vereinbarungen zu nuklearer Rüstungskontrolle: Klärung der nach Kündigung des INF-Vertrags weiterhin offenen Fragen zu den gegenseitig erhobenen Vorwürfen von Vertragsverletzungen, verifizierbarer Verzicht der Stationierung von Mittelstreckensystemen in Europa nach Auslaufen des INF-Vertrags, Erneuerung und Umsetzung der NATO-Vorschläge zu Informationsaustausch und Transparenz zu taktischen Nuklearwaffen in Europa, Dialog zu Nukleardoktrinen.
- Verzicht auf die Instrumentalisierung von Rüstungskontrolle für die Erreichung damit nicht im unmittelbaren Zusammenhang stehender Ziele (vgl. Versuche der NATO, das KSE-Regime im Zuge der Ratifizierung des adaptierten KSE-Vertrags für die Lösung von Regionalkonflikten im postsowjetischen Raum – Kaukasus, Moldau – zu nutzen).

Die berechnende Politik von Putins Russland, die auch vor dem Einsatz militärischer Mittel, krassen Menschenrechtsverletzungen und kaltblütiger Ausschaltung politischer Gegner nicht zurückschreckt, mag berechtigte moralische Empörung auslösen. Empörung ist jedoch keine Kategorie in den internationalen Beziehungen. Vielmehr gilt es nüchtern zu erkennen, dass es – wie es Egon Bahr formuliert hat – in der internationalen Politik nie um Demokratie und Menschenrechte, sondern die Interessen von Staaten geht. In diesem Sinne ist es keine aussichtsvolle Option, Russland einfach zu verdammen und zu ächten. Statt ideologische Entrüstung brauchen wir realpolitisches Handeln. Und es ist ein Gebot der Realpolitik heute, im Interesse von Frieden und Sicherheit alles zu tun, um die Konfrontationsspirale zwischen dem Westen und Russland nicht außer Kontrolle geraten zu lassen und Europas Selbstbehauptungskräfte in einer zunehmend instabileren Welt zu stärken. Dies ist leitend für die vorstehenden Erwägungen und die vorgeschlagene Initiative.

Die Hindernisse und Widrigkeiten bei einer Umsetzung der Elemente der Initiative sind nicht zu unterschätzen. Dennoch: Die verfolgten Ziele rechtfertigen hartnäckige und nachhaltige diplomatische Bemühungen. Schicksalsergebenheit, ein Kleinreden oder eine Kapitulation vor diesen von der Öffentlichkeit leider weitgehend ignorierten großen sicherheitspolitischen Herausforderungen wären unverantwortlich.

Erscheint in der "Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization, 3-4 (2020), Mitherausgeber ist unser Mitglied und Mitglied des Beirates, Prof. Dr. Michael Staack, Hamburg". BG a.D. Ganser ist Mitglied in der Clausewitz-Gesellschaft e.V., Rüdiger Lüdekind ehemaliger OSZE-Botschafter.